



Stellungnahme des SPD-Finanzbeauftragten in der GR-Sitzung am 15.02.2023 zum Haushalt 2023 der Gemeinde Unterhaching

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

mit 110 Millionen Euro haben wir für das Jahr 2023 einen Haushaltsansatz mit etwa 9 Millionen unter dem Vorjahresniveau.

Dieser Haushalt ist nach der Pandemie und nach einem Jahr Krieg in der Ukraine von wesentlich gestiegenen laufenden Kosten geprägt, z.B. Erhöhungen bei sämtlichen externen Dienstleistungen, bei unseren eigenen Personalkosten, sowie beim Stromverbrauch in unseren Liegenschaften, bei der Straßenbeleuchtung und im Schwimmbad.

Erdrutschartig hat sich zudem im Sommer 2022 unser Gewerbesteueraufkommen verschlechtert, nachdem verschiedene Unternehmen unerwartet Rückforderungen aus Vorjahren geltend machen konnten. Hier zeige ich mahnend auf lange ausgebliebene Bescheide der Finanzämter und Gerichte, deren Bearbeitungszeiten uns nahezu fahrlässig ins Hintertreffen brachten.

In der Folge schrumpft unser Vermögenshaushalt, d.h. ein Wertezuwachs über Investitionen oder Rücklagenbildung ist uns in 2023 nicht möglich.

Wenn dann noch die Kreisumlage sich nach dem Vorvorjahr (2021) bemisst, statt 26,3 nun 28,6 Millionen von Unterhaching zu leisten sind und davon u.a. ein neues Landratsamt gebaut wird, wird das Ehrenamt eines Gemeinderatsmitglieds zur grenzwertigen Bemühung, wobei uns schon die vergangenen Jahre immer mehr auferlegten:

- Entfall von Einnahmen aus der Straßenausbaubeitragssatzung,
- Unterbringungspflicht für Asylanten, die nach Anerkennung in Unterhaching obdachlos werden,
- aus dem BayKiBiG die Schaffung von Ganztagsunterbringung für Kinder ab dem 3. Lebensjahr,
- ab 2026 die nachschulische Betreuung und – zurück zu den Straßen –
- ebenfalls ab 2026 auch der Unterhalt für unsere Kreisstraßen innerhalb des Ortsgebietes, weil die Gemeindegröße 25.000 Einwohner dauerhaft erreicht hat.

Einbrüche bei den Einnahmen lassen dann die Arbeiten zum Haushalt zu aufreibender Abwägung werden, an welchen Stellschrauben bei den Steuern und Gebühren bzw. - auf der Ausgabenseite - bei welchen Leistungen der Verwaltung und insbesondere bei unseren freiwilligen Leistungen justiert werden sollte.

Unserem Bürgermeister Wolfgang Panzer und unserer Fraktion war es wichtig, dass heute ein Haushaltsentwurf ohne Kreditaufnahme vor uns liegt.

Wir haben den gesetzlichen Auftrag erfüllt, zunächst alle freiwilligen Leistungen zu überprüfen. Das ist für unsere Vereine schmerzlich, für die VHS und die Musikschule zugegeben auch tatsächlich erheblich.

Hier danke ich allen Betroffenen für die Zusammenarbeit, ihren Dialog mit dem Gemeinderat und für das Verständnis für die kommenden Einschnitte. Ihre Bedeutung für Unterhaching ist uns bewusst, und wir werden uns nach Leistungsfähigkeit der Gemeinde an neuen erforderlichen Konzepten beteiligen.

Bei der Kinderbetreuung haben wir uns etliche Jahre nicht mit unseren Nachbargemeinden verglichen. Hier heben wir die Gebühren an und bekamen dabei das Feedback etlicher Eltern, dass wir zuvorderst die Qualität beibehalten sollen, also vor allem einen unveränderten Betreuungsschlüssel, motiviertes gut ausgebildetes Personal und gute Sachausstattung.

Wir halten die Anhebung der Gebühren für verträglich, zumal für Härtefälle die Kindergartengebühren übernommen werden.

Eine Besonderheit Unterhachings ist unser bei allen Generationen beliebtes Freibad. An heißen Sommertagen ist es leider fast zu klein, doch für viele Unterhachingerinnen und Unterhachinger und für unsere Jugend ist dies ein Stück lieb gewonnenes Gemeindeleben. Hier behalten wir unsere Saisonkarten als Besonderheit gegenüber den städtischen Bädern bei. Sie berechtigen zu beliebig vielen Eintritten von Mitte Mai bis in den September, und wir wünschen unseren Badegästen wieder erholsame Aufenthalte in bestem M-Wasser in der Unterhachinger Grünau.

Wichtig war uns weiter, dass wir auch beim Klimaschutz für unsere Bürgerinnen und Bürger eine klare Linie erkennen lassen.

Unterhaching hat auf einen Geothermie-Vollausbau gesetzt. Das betrifft nicht nur unsere Geothermie-Netzgesellschaft, sondern hier überlegt auch die Geothermie-Produktionsgesellschaft, wann bei entsprechendem Netzausbau eine weitere Bohrung oder Anschlüsse an andere Fernwärmenetze die heutigen Kapazitäten ergänzen und sichern müssen.

Ein Stopp unserer Energieförderrichtlinien – wie zuletzt noch von der Verwaltung vorgelegt - wäre das falsche Signal für unsere Bürgerinnen und Bürger gewesen. Wir hätten damit eine Verlangsamung bei neuen Anschlüssen, eine strategische Umorientierung der Produktionsgesellschaft und vor allem eine langsamere Umsetzung unserer CO₂-Klimaziele riskiert.

Unter den gegebenen Umständen nehmen wir bei der Energieförderung zwar eine Umverteilung der verfügbaren Mittel vor (gleiches Budget, jedoch auf mehr Antragsteller verteilt), aber wir wollen die maßgeblichen Förderarten an sich beibehalten.

Zudem bleiben wir beim Verzicht von Konzessionsabgaben der Geothermie-Netzgesellschaft an die Gemeinde, um deren Investitionskraft nicht einzuschränken.

Unser Beitrag zum Klimaschutz bleibt eines unserer wichtigsten Ziele!

Aber lassen Sie mich noch einige Anmerkungen zur Einnahmenseite machen.

Sicher wäre die Anhebung der Gewerbesteuer eine Option gewesen.

Ein Blick über den Zaun zu unseren Nachbargemeinden zeigt, dass die psychologische Grenze ab 300 Punkten in Taufkirchen und Ottobrunn dort schon überschritten ist. Für eine Steuererhöhung war jedoch in unserem Gremium keine Mehrheit zu finden. Das ist in unseren Augen schade, zumal Bundesfinanzminister Lindner von der FDP nach letzten Meldungen sog. Superabschreibungen für Unternehmen noch für 2023 angekündigt hat - also weitere Möglichkeiten zu deren Steuerlastreduzierung.

Als ein erfreulicher Effekt für Unterhaching ist eine Rückzahlung von angesammelten Investitionsmitteln beim Abwasserzweckverband in Höhe von 4,6 Millionen Euro anzuführen. Ohne diese Erleichterung wäre der Haushalt 2023 nicht ohne Steuererhöhungen und ohne Kreditaufnahmen machbar gewesen, wobei Kredite für laufenden Aufwand im Verwaltungshaushalt absolut der goldenen Bilanzregel und der Fristenkongruenz¹⁾ widersprochen hätten.

Zusätzlich planen wir auf der Einnahmenseite einen nennenswerten Millionenbetrag aus dem Verkauf eines Grundstücks, zu dem die Presse schon im Juli 2020 meldete: „Der Stadionverkauf ist in trockenen Tüchern.“

Dass diese ins Stocken geratene Transaktion aus 2020 nunmehr zu einer Einnahmeposition im Haushalt 2023 führen soll, geht auf eine Initiative der Spvgg Unterhaching von Ende 2022 zurück, dass man diesem Erwerb nun verbindlich und mit einem neuen Umgriff näherzutreten wolle. Trotz aktuell ungünstiger Pressemeldungen bezüglich der Spvgg-Finzen im laufenden Spielbetrieb wollen wir ihrem langfristig ausgerichteten Anliegen unter Wahrung der gemeindlichen Interessen entsprechen. Andernfalls sind eine Ausschreibung und eine Veräußerung an möglichst Fußball-affine Investoren ebenfalls denkbar.

¹⁾ Die goldene Bilanzregel beschreibt den Zusammenhang der Zeiträume von Kapitalbindung und Kapitalüberlassung und wird als Prinzip der Fristenkongruenz bezeichnet.

Daher ist der Haushaltsansatz zu dieser Verkaufsabsicht nicht in Frage zu stellen.

Der vorliegende Haushaltsentwurf ist ein Kompromiss aus der Abwägung von sechs Fraktionen in unserem Gemeinderat, aber er zeigt auch Entschlossenheit und eisernen Sparwillen. Er ist frei von Kreditaufnahmen und aus dieser Sicht frei von Hypotheken auf die Zukunft.

Wir stimmen dem vorliegenden Haushaltsentwurf 2023 zu und freuen uns, wenn uns heute eine mehrheitliche Verabschiedung gelingt.

Der Verwaltung und insbesondere der Finanzverwaltung mit Herrn Grafe danken wir für die Erstellung des Haushalts, sowie allen Beteiligten in den Fraktionen für viele Gespräche und konstruktiven Austausch. Dazu ebenfalls ein Dankeschön!

Peter Wöstenbrink

SPD-Finanzbeauftragter und Fraktionsvorsitzender